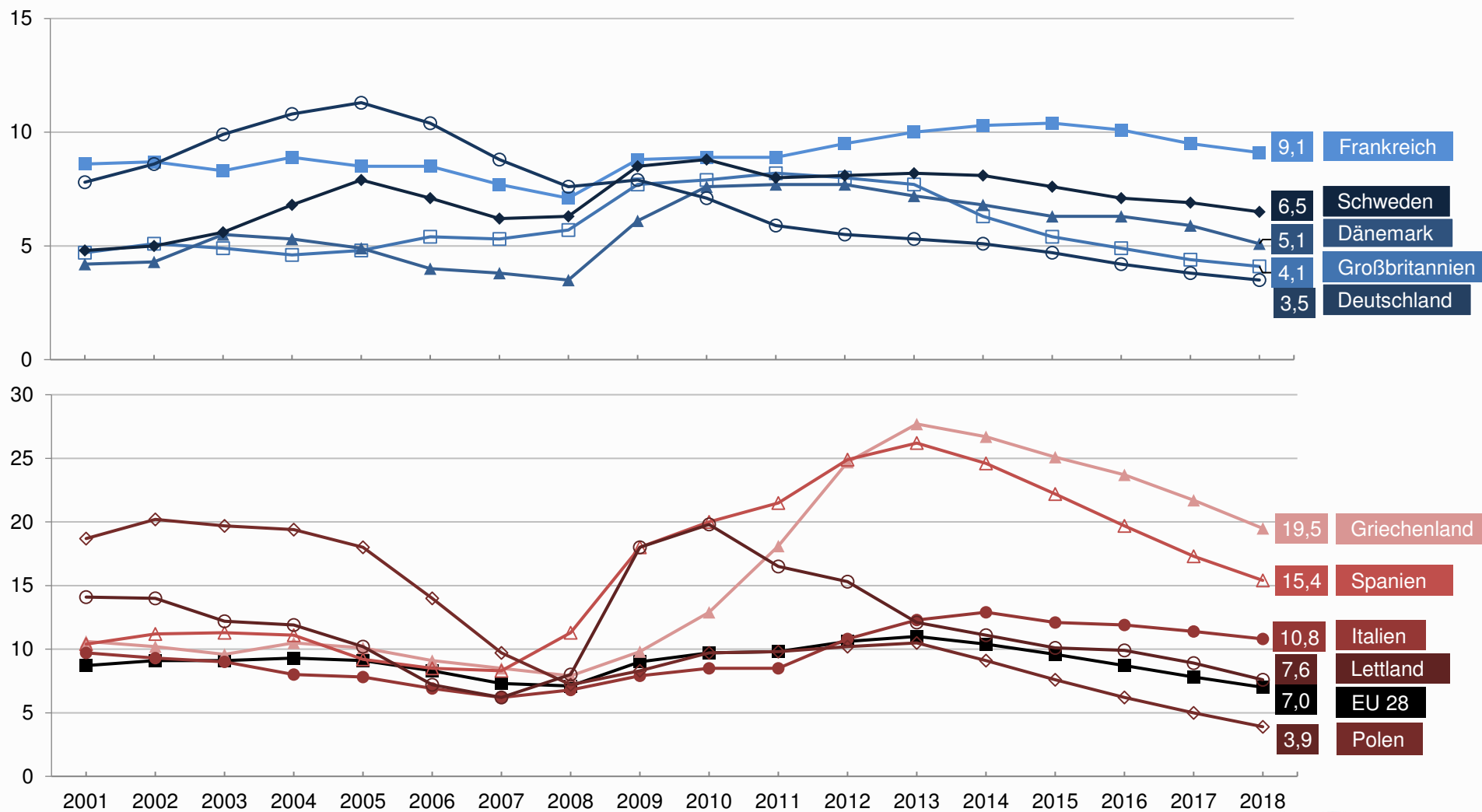


Arbeitslosenquoten in ausgewählten EU-Ländern 2001 - 2018 in % der 15-64-Jährigen



Quelle: Eurostat (2019): Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (EU-AKE/LFS)



Arbeitslosenquoten der 15-64jährigen in ausgewählten EU-Ländern 2001 - 2018

In der Abbildung werden die Arbeitslosenquoten in ausgewählten EU-Ländern miteinander verglichen. Ersichtlich wird, dass Griechenland (19,5 %) und Spanien (15,4 %) im Jahr 2018 die mit Abstand höchsten Werte aufweisen. Dagegen liegen die niedrigsten Arbeitslosenquoten in Deutschland (3,5 %), Polen (3,9 %) und Großbritannien (4,1 %) vor. Es lassen sich also deutliche Unterschiede zwischen Nord- und Westeuropa auf der einen Seite und Südeuropa auf der anderen Seite feststellen.

Zwischen den Jahren 2001 und 2018 hat sich die Arbeitsmarktsituation in den EU-Ländern unterschiedlich entwickelt. Während Polen (- 79,1 %) und Deutschland (- 55,1 %), Lettland (- 46,1 %) und Großbritannien (- 12,8 %) in diesem Zeitraum einen Rückgang bei der Arbeitslosenquote verzeichnen, ist sie beispielsweise in Griechenland (+ 84,0 %), Spanien (+ 48,1 %) sowie Schweden (+ 35,4 %) gestiegen.

Vergleicht man die Entwicklung der Arbeitslosenquoten vor und nach der Wirtschafts- und Finanzkrise, zeigt sich in den meisten Ländern, mit Ausnahme von Großbritannien und Schweden, bis zum Jahr 2008 ein Absinken der Arbeitslosigkeit. Mit dem Einsetzen der Wirtschafts- und Finanzkrise steigt die Arbeitslosigkeit ab 2009 in allen ausgewählten Ländern an – im EU-Durchschnitt um 26,8 %. Besonders deutlich erhöht sie sich in Lettland (+ 125 %), Dänemark (+ 74,3 %), Spanien (+ 59,3 %), Großbritannien (+ 35,1 %) und Schweden (34,9 %).

Zusätzlich lässt sich ein Unterschied in der Entwicklung zwischen 2008 und 2018 erkennen. Lediglich in Deutschland, Großbritannien und Polen sinkt die Arbeitslosigkeit bis 2018 wieder unter das Vorkrisenniveau von 2008. Dagegen hat sich die Arbeitslosenquote in allen anderen Ländern erhöht. Allerdings zeigt sich bei allen Ländern in den vergangenen Jahren eine leichte Abwärtsdynamik bei der Arbeitslosigkeit. Sogar in den südeuropäischen Ländern lässt sich seit 2013 ein Rückgang der Arbeitslosenquote feststellen, wenngleich die bisherige Austeritätspolitik der Europäischen Union in den betroffenen Ländern bislang nicht zu einer umfassenden Erholung der Wirtschaft (vgl. [Abbildung X.1](#)) und des Arbeitsmarktes (vgl. [Abbildung X.12](#)) geführt hat, sondern die sozialen Probleme und die Armutsrisiken in diesen Ländern weiter verschärft (vgl. [Abbildung X.10](#)).

Beachtenswert ist, dass sich die Entwicklung der absoluten Zahlen der Arbeitslosen von der Entwicklung der Arbeitslosenquoten teilweise unterscheiden kann. So reduziert sich bspw. in Spanien von 2003 auf 2004 und von 2006 auf 2007 die Arbeitslosenquote jeweils um 0,2 Prozentpunkte, obwohl im gleichen Zeitraum die Zahl der Arbeitslosen ansteigt. Dieser Widerspruch löst sich auf, wenn man berücksichtigt, dass die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter noch stärker angestiegen ist. Dementsprechend lässt eine Veränderung der Arbeitslosenquote nicht automatisch einen Rückschluss auf die Zahl der Arbeitslosen zu (vgl. [Tabelle X.12](#)).

Hintergrund

Arbeitslosenzahlen und Arbeitslosenquoten verhalten sich zyklisch und folgen im Wesentlichen der allgemeinen Konjunktur. Allerdings kann sowohl die kurzfristige als auch die langfristige Entwicklung der Arbeitslosigkeit zusätzlich durch andere Faktoren wie politische Maßnahmen, Veränderungen der Erwerbsbeteiligung, verlängerte Ausbildungsphasen oder demografische Veränderungen beeinflusst werden. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit insbesondere in den südeuropäischen Staaten ist jedoch in erster Linie Folge der extrem hohen Arbeitslosigkeit als Ergebnis der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Die Arbeitslosenquote ist ein wichtiger Indikator, der sowohl eine soziale als auch eine wirtschaftliche Komponente hat. Ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit ist für die Betroffenen mit Einkommensverlusten verbunden und für den Staat mit einer zunehmenden Belastung durch die Ausgaben für Sozialleistungen und durch sinkende Steuereinnahmen. Neben den nationalen Programmen gegen Arbeitslosigkeit, vereinbarte die EU im Rahmen der „Lissabon-Strategie“ (nach dem Lissabonner Gipfel im Frühjahr 2000) die Europäische Beschäftigungsstrategie (EBS), um die Ziele Vollbeschäftigung und bessere Arbeitsplätze zu erreichen. In diesem Zusammenhang gibt es eine Reihe von Maßnahmen, die Beschäftigung fördern und Arbeitslosigkeit verringern sollen, u. a.: Förderung eines lebenszyklusbasierten Ansatzes in der Beschäftigungspolitik, Förderung des lebenslangen Lernens, bessere Unterstützung von Arbeitsuchenden und die Gewährleistung von Chancengleichheit.

Durch die wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise, integrierte die Europäische Kommission im Jahr 2010 die EBS in die neu verabschiedete „Strategie Europa 2020“, die im Wesentlichen ein höheres Wirtschaftswachstum als Zielsetzung hat, und setzte sich etwas allgemeinere Kernziele als noch bei der Lissabon-Strategie:

- 75 % der 20- bis 64-Jährigen in der EU-27 sollen eine Beschäftigung haben.
- die Schulabbrecherquote soll auf unter 10 % sinken
- 40 % der 30-34-Jährigen sollen einen Hochschulabschluss vorweisen können
- 20 Mio. Menschen sollen weniger durch Armut und soziale Ausgrenzung bedroht sein.

Angesichts der sehr allgemein gehaltenen Ziele und auf die gesamte EU bezogenen Ziele sowie der unterschiedlichen nationalen Ausgangsvoraussetzungen und Herausforderungen, erscheint es fragwürdig, ob die erhoffte Wirkung in den einzelnen Ländern tatsächlich eintritt. Kritisch anzumerken ist zudem, dass die Ziele der EBS auch durch eine Ausweitung nicht sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse erreicht werden können. Dies ist jedoch zum Einen in volkswirtschaftlicher Hinsicht wenig wünschenswert, zum Zweiten entspräche es auch nicht den Erwerbswünschen des Großteils der Frauen.

Methodische Hinweise

Die Daten zur Arbeitslosigkeit beruhen auf den Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (EU-AKE; Labour Force Survey - LFS) des statistischen Amtes der Europäischen Kommission (Eurostat).

Die Arbeitslosenquote beschreibt den prozentualen Anteil der Zahl der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung (Beschäftigte und Arbeitslose). Abweichungen zur Arbeitslosenquote der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) für Deutschland ergeben sich aus unterschiedlichen methodischen Vorgehensweisen. Während die BA mit den registrierten Arbeitslosen rechnet, verwendet Eurostat zur besseren internationalen Vergleichbarkeit die Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) von Arbeitslosigkeit, der zufolge drei Kriterien vorliegen müssen: Die betroffene Person ist keiner mit einem Einkommen verbundener Tätigkeit nachgegangen (auch nicht selbstständig), aktiv auf Arbeitsuche und für eine Beschäftigung verfügbar. Die Person muss außerdem innerhalb von zwei Wochen für den Arbeitsmarkt verfügbar sein. Eine Registrierung beim Arbeitsamt ist hingegen nicht erforderlich.